

Bürgerliche Neuorientierung

Wahlen Bürgerliche Parteien wollen urbaner werden und bei linken Themen punkten

VON JONAS HOSKYN

Knapp zwei Monate ist es her, seit der bürgerliche Angriff auf die rot-grüne Regierungsmehrheit gescheitert ist. Während die Linke gestärkt aus den kantonalen Wahlen herausging, mussten praktisch alle bürgerlichen Parteien einen Rückschlag hinnehmen. FDP (-1,9 Prozent), CVP (-1,4) und SVP (-0,7) mussten allesamt Federn lassen. Einzig die LDP (+4,2) konnte sich feiern lassen. Angesichts dieser Ergebnisse suchen die Bürgerlichen nun nach neuen Wegen zum Wahlerfolg. Dabei kristallisiert sich eine Strategie heraus: Die bürgerliche Politik soll urbaner werden. «Wir müssten mehr Themen ansprechen, die spezifisch die städtische Bevölkerung betreffen», sagte SVP-Parteisekretär Joël Thüring nach dem ersten Wahlgang gegenüber dem «Regionaljournal» von «SRF».

Seine Partei müsse sich schweizweit Gedanken machen, wie man in den Städten punkten kann, erklärt Thüring seine Überlegungen. «Wir wollen für Leute attraktiv werden, die bisher nicht an uns denken.» Die SVP solle vermehrt Themen ansprechen, welche eine städtische Bevölkerung betreffen, etwa die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. «Meiner Meinung nach waren wir ein bisschen zu festgefahren bei diesem Thema. Wir sollten in dieser Frage liberaler werden», sagt Thüring.

Auch dem Thema Wohnen will sich die SVP annehmen. Beim Sorgenbarometer, welches die bz und die «Tageswoche» im Vorfeld der Wahlen publizierten, rangierte dies auf den vorderen Rängen. Bisher hätten die Linken dieses Thema besetzt, so Thüring: «Wir müssen bürgerliche Akzente setzen.» Es gebe viele Leute, die sich die Mieten in Basel nicht mehr leisten können. Ein Ansatz wäre etwa das verdichtete Bauen zu fördern und gute Rahmenbedingungen für Bauwillige und Vermieter zu schaffen - mit möglichst wenigen Vorschriften. «Und auch die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative dürfte die Situation entspannen», sagt Thüring.

Politik für Studenten und Velofahrer

In die gleiche Kerbe schlägt Luca Urgese. Es gehe nicht um einen politischen Richtungswechsel, betont der FDP-Präsident: «Wir haben in vielen Themen Vorstösse eingereicht, aber anschliessend vielleicht nicht genügend den Fokus darauf gerichtet.» Als Beispiel nennt er das Thema Krankenkassenprämien, der Spitzenreiter im Sorgenbarometer der Basler. «Da hat unser



Auf der Suche nach neuen Rezepten: Die SVP-Politiker Joël Thüring, Lorenz Nägelin und Sebastian Frehner zusammen mit LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein (von links nach rechts, mit Vizestaatschreiber Marco Greiner in der Mitte). NIZ

«Wir müssen für Leute attraktiv werden, die bisher nicht an uns denken.»

Joël Thüring SVP-Grossrat

Grossrat Stephan Mumenthaler einen Vorstoss eingereicht, dass man die Prämien von den Steuern abziehen kann.» Für eine Initiative mit der gleichen Forderung sammelt die CVP derzeit Stimmen.

Auch beim Thema Familie und Beruf sei die FDP mit Vorstössen aktiv geworden. Angeregt wurde per Motion die Einführung von Kinderbetreuungsgutscheinen nach dem Beispiel von Luzern, was den Eltern eine deutlich grössere Wahlfreiheit geben würde. Beim Thema Verkehr will Urgese weg von der ermüdenden Diskussion über einzelne Parkplätze. «Es geht darum, eine übergeordnete Sicht auf die Verkehrssituation im Kanton einzunehmen.» Aus dieser Überlegung macht die FDP auch nicht mit beim Referendum von LDP und SVP gegen den geplanten Veloring.

Auch LDP-Präsidentin Patricia von Falkenstein machte sich nach den Wahlen ihre Gedanken. «Viele bürgerliche Wähler sind in den letzten Jahren in die Agglomeration gezogen. Die Frage ist, wie wir an die herankommen, die aus Gewohnheit Rot-Grün wählen.» Dabei komme es vor allem auch auf die Kommunikation an. «Gewisse Themen sind derart von der Linken besetzt, dass viele Wähler gar nicht auf die Idee kommen, dass wir auch Vorschläge haben, die sie gut finden könnten», sagt von Falkenstein. Beim Thema Wohnungsnot etwa habe die LDP den Vorschlag gemacht, mit Containern Unterkünfte für Studenten zu schaffen. «Was aber für uns nicht geht, ist, dass der Staat einfach flächendeckend günstige Wohnungen zur Verfügung stellt.»